

VN-SOMMERGESPRÄCH. Grünen-Nationalratsabgeordneter Harald Walser (62)

# Keine grünen Mehrheitsbeschaffer

**Walser: Nur dagegen sein, bringe nichts. Föderalismus dürfe kein Hemmschuh werden.**

**BIRGIT ENTNER**  
E-Mail: [birgit.entner@vorarlbergernachrichten.at](mailto:birgit.entner@vorarlbergernachrichten.at)  
Telefon: 01 / 31 77 834-11

**WIEN.** Die Regierung lasse die Bildungsministerin völlig im Regen stehen. Mit ihrem Budget sei eine Weiterentwicklung des Bildungssystems eine „Mission Impossible“, sagt der Grünen-Bildungssprecher und Abgeordnete Harald Walser. Es brauche dringend eine Reform. Föderalismus habe hier aber sicher seine Grenzen.

**Die Grünen sparen nicht mit Kritik an der Regierung. Über wen mussten Sie sich in den vergangenen Monaten mehr ärgern, über SPÖ oder ÖVP?**

**WALSER:** Ärger ist der falsche Ausdruck: Ich schäme mich für unser Land angesichts der Zustände in Traiskirchen. Ansonsten empfinde ich SPÖ und ÖVP auf Bundesebene wie Pest und Cholera. Ein bisschen Hoffnung gab Finanzminister Hans Jörg Schelling, bis er sich mit seiner Bemerkung über Arbeitslose disqualifizierte. Aber vielleicht ist ihm immerhin klar, dass man im Bildungsbereich nicht nur an das nächste Budget, sondern an die nächste Generation denken muss.

**Das Bildungsressort verantwortet mit Gabriele Heinisch-Hosek aber eine SP-Ministerin.**

**WALSER:** Wenn man eine Ministerin parteiintern so im Regen stehen lässt, wie das die SPÖ macht, und man ihr Budget regierungintern derart zusammenschneidet, dann bleibt es für sie eine „Mission Impossible“, Entwicklung zu schaffen. Sie ist



Ein Selfie aus Wien von Harald Walser: Der niederösterreichische Landeshauptmann Pröll diskutiere nur über Macht und nicht über Bildung, sagt er.

„Die ÖVP-Landeshauptleute sollten Pröll Einhalt gebieten.“

strukturell unterfinanziert, es fehlen 340 Millionen Euro. Bei einem Budget, wo du 90 Prozent Fixausgaben hast, wird das unmöglich.

**Wäre das über Effizienzsteigerungen auszubügeln?**

**WALSER:** Die gibt es, wenn wir eine grundlegende Bildungsreform machen.

**Im Zusammenhang mit der Bildungsreform sagten Sie, dass nicht alle Macht zu den Landeshauptleuten soll. Wer soll denn die Macht haben?**

**WALSER:** Die Macht gehört an die Schulen selbst.

**Das heißt, der Schuldirektor sollte zum Manager werden?**

**WALSER:** Mir strebt natürlich ein etwas demokratischeres System vor. Es sollten alle in die Schulgemeinschafts-

ausschüsse eingebunden sein. Die wesentlichen Dinge sollen dort besprochen und beschlossen werden.

**Ist die Bildungsdiskussion Ausdruck eines fehlerhaften Föderalismus?**

**WALSER:** Föderalismus hat sicher seine Grenzen. Vorstellen könnte ich mir, dass die Länder in eine regionale Bildungsplanung involviert sind. Also wo steht eine HTL, brauchen wir eine Tourismusschule, etc. Das können die Länder besser entscheiden als ein Ministerium in Wien. Ausgaben und inhaltliche Verantwortung sollten aber in einer Hand liegen. Die pädagogische Verantwortung würde ich an die Schulstandorte verlegen. Der Staat sollte vorgeben, welche Kompetenzen zum Beispiel ein Zehn- oder 14-Jähriger haben muss.

**Wird in der Bildungsreformgruppe das Falsche diskutiert?**

**WALSER:** Leute wie Erwin Pröll und Hans Niessl disku-

tieren nur über Macht. Ich bin froh, dass wir in Vorarlberg einen deutlichen Schritt weitergekommen sind.

**Sie sagten einmal, die anderen Landeshauptleute sollen sich bei Landeshauptmann Wallner Nachhilfe nehmen. Heißt das, Wallner sollte etwa seinem niederösterreichischen Amtskollegen Pröll Grenzen aufzeigen?**

**WALSER:** Ich wäre dafür, dass die ÖVP-Landeshauptleute den Allmachtgelüsten, die Pröll hat, Einhalt gebieten.

**Wäre das Konzept vom Föderalismus grundsätzlich zu überdenken?**

**WALSER:** Ich glaube, Föderalismus hat viele Vorteile. Ein kleines Land wie Österreich muss aber auch aufpassen, dass der Föderalismus nicht zum Hemmschuh von Reformen wird.

**Wenn wir zu den Grünen kommen: Sie haben es in einige Landesregierungen geschafft, auf der anderen Seite machen Sie Oppositionspolitik auf Bun-**

**desebene. Widerspricht man sich da hin und wieder selbst?**

**WALSER:** Es gibt mehr Abstimmungsbedarf und das gilt für alle sechs Landesregierungen, an denen wir uns beteiligen. Nur Opposition alleine wäre leichter. Aber in den Regierungen zu sein ist spannender, weil es die Möglichkeit gibt, mitzugestalten.

**Die FPÖ hat abseits ihrer Regierungsbeteiligung im Burgenland nun das Oppositionsmopol. Stärkt die Blauen das?**

**WALSER:** Wenn man die Opposition betrachtet, geht es um Zweidrittel-Mehrheiten. Da spielen eigentlich nur Grüne und Freiheitliche eine Rolle. Da wird deutlich, dass wir hier einen konstruktiven Zugang haben. Bei der FPÖ sind immer nur die Ausländer schuld. Sie beschränken sich auf dieses Thema.

**Die Grünen müssen sich aber oft anhören, dass sie Zweidrittel-Mehrheitsbeschaffer sind.**

**WALSER:** Unsere Zustimmung gibt es nur nach harten

Verhandlungen, wie etwa beim Bankgeheimnis und der Steuerbetrugsbekämpfung. Auch beim Thema Bildungsreform wird die grüne Handschrift erkennbar sein. Nur dagegen sein, bringt nichts.

**Sie sagen damit, die FPÖ versteht es nicht, Oppositionspolitik zu machen?**

**WALSER:** Was die FPÖ versteht, ist Wählermaximierung. Sie hetzt, sie spaltet, sie appelliert an Emotionen, aber sie liefert keine konstruktiven Beiträge.

**Hier sind Sie sich mit Schelling einig. Er sagte ja, die FPÖ arbeite nicht lösungsorientiert.**

**WALSER:** Das habe ich mir auch von ihm so erwartet. Er argumentiert sachlich und ist an Lösungen orientiert.

**Hebt er sich damit von seinen VP-Regierungskollegen ab?**

**WALSER:** Wenn ich mir etwa die Innenministerin anschau, sage ich: Rücktritt. Ich kann das Thema Flüchtlinge nicht nur unter dem Gesichtspunkt Finanzen sehen.

**Ist die Politik grundsätzlich zu wenig menschlich?**

**WALSER:** Wir Grünen gehören zu den wenigen Akteuren, die als Fels in der Brandung sagen, dass es humanitäre Grundsätze gibt. Auch wenn es die eine oder andere Stimme kostet, wir bleiben bei unseren Grundsätzen.

## Zur Person

**Harald Walser**  
seit 2008 Nationalratsabgeordneter für die Grünen, zuvor Direktor im Gymnasium Feldkirch  
**Geboren:** 18. April 1953 in Hohenems, wohnt in Althach  
**Werdegang:** Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Innsbruck bis zum Doktorat im Jahr 1982, von 1985 bis 1990 Lehrbeauftragter an der Universität Innsbruck, Lehrer im Gymnasium Feldkirch

Die Umfrage des Tages von VN und VOL.AT

Glauben Sie, dass es das Team Stronach bei der Wahl 2018 wieder in den Nationalrat schafft?

Ja: 16,72 Prozent  
Nein: 83,28 Prozent

323 Teilnehmer

Heutige Frage: Ist es sinnvoll, dass Alexis Tsipras in Griechenland Neuwahlen ausgerufen hat?

Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf [www.vol.at](http://www.vol.at)



## Team Stronach bleibt wohl in Ausschüssen

**WIEN.** Das Team Stronach darf offenbar weiterhin in sämtlichen parlamentarischen Ausschüssen vertreten bleiben. Damit das gelingt, dürften die Ausschüsse auf eine Größe von 28 Mandatären aufgestockt werden, erfuhr die APA am Freitag. Die formale Entscheidung dazu soll kommende Woche fallen. Die Oppositionspartei hat nur mehr sechs Abgeordnete, nachdem zuletzt Kathrin Nachbaur und Rouven Ertschweiger in Richtung ÖVP abgewandert sind und Jessi Lintl, die künftig fraktionslos ist, den Klub verlassen hat. Die Ausschüsse müssen neu zusammengesetzt werden.



„Wir haben beim Innenressort Container-Einheiten reserviert.“

**ERICH SCHWÄRZLER**

# Zank um millionenschwere Asyl-Container

**Kritik an Anschaffung um zwölf Millionen und ohne Ausschreibung. Ressort wehrt sich.**

**WIEN.** (VN-ebi) Das Innenministerium hat 1200 Wohn-Container für Asylwerber um zwölf Millionen Euro bei der Wiener Neudorfer Firma Containex bestellt und dabei auf eine Ausschreibung verzichtet. Das wird vonseiten des Ressorts mit der „Dringlichkeit“ der Anschaffung begründet. Ob dies zulässig ist, sei nur nach detaillierter Kenntnis des Beschaffungsaktes möglich, erklärt der

auf Vergaberecht spezialisierte Rechtsanwalt Matthias Trauner (46) den VN. Für die Mitbewerber hingegen ist die Sache klar. Allen voran kritisierte Stefan Gschwendtner (46), Prokurist des Salzburger Unternehmens Konzept Container Modulbau und Handel, dass eine solche Dringlichkeit nicht bestanden habe. Vor zwei Monaten habe die Firma dem Innenministerium bereits ein Angebot zu kommen lassen. Außerdem, betont Gschwendtner, seien die Container seines Konkurrenten Containex übersteuert.

**Bis zu 4800 Plätze**

Ein Ministeriumssprecher widerspricht. Es habe zwar keine Ausschreibung gegeben, allerdings seien sehr wohl Vergleichsangebote eingeholt worden. Containex habe das beste Angebot gestellt. Der Preis sei ein wichtiger Faktor, allerdings müssten ebenso die Lieferzeit, die Anzahl der Container und die Aufbauarbeiten mitberücksichtigt werden. Das sei alles im Gesamtbudget von zwölf Millionen Euro einkalkuliert. Pro Container könnten je nach Bauordnung zwei bis vier Flüchtlinge untergebracht werden.

Insgesamt schaffen sie somit Platz für 2400 bis 4800 Asylwerber und sollen die Asylzelte so bald wie möglich ersetzen. Deswegen sei es zur Direktvergabe gekommen. „Eine Ausschreibung hätte rund ein halbes Jahr gedauert, da wären wir schon mitten im Winter“, heißt es aus dem Innenressort.

**Prüfung noch offen**

Diese Dringlichkeit stellen die Mitbewerber infrage, sei die Containerlösung doch schon seit April oder Mai ein Thema, sagt Gschwendtner. Ob Konzept Container nun gegen die Entscheidung des Innenministeriums vorgeht, bleibt offen. Es werde derzeit geprüft.

Die Firma könnte ein nationales Kontrollverfahren zur Vergabe einleiten und

„Wir müssen permanent für die Länder einspringen.“

**INNENMINISTERIUMSSPRECHER**

begründen, dass für sie durch diese mögliche rechtswidrige Vergabe ein Schaden droht. „Das kostet dem Unternehmen auch Zeit und Geld, heißt aber lange nicht, dass die Firma am Schluss den Auftrag erhält“, sagt Rechtsanwalt Trauner. Sollte die Vergabe nicht rechtmäßig sein, könnte der Vertrag zwischen Ministerium und Auftragnehmer für nichtig erklärt werden und ein Bußgeld drohen.

Ob die Argumentation des Ressorts hält, auf die Ausschreibung auf Grund der

Dringlichkeit verzichtet zu haben, würde bei der Prüfung wohl Auslegungssache sein. „Einerseits könnte man andeuten, dass man seit Monaten wissen konnte, dass es die Flüchtlingsproblematik und den Bedarf an Containern gibt. Andererseits könnte angedacht werden, dass das Ministerium damit rechnen durfte, ausreichend Unterkünfte zu finden“, sagt Trauner. So könne das Ressort etwa argumentieren, ausreichend probiert oder auch politischen Druck gemacht zu haben. Letzteres tut es auch: „Eigentlich hatten wir die Hoffnung, dass die Länder ihre Quote erfüllen. Es war nicht absehbar, dass der Bund für sie permanent einspringen muss“, lautete die Begründung aus dem Ministerium.

## „Das ist der Plan B in Vorarlberg“

**BREGENZ.** In Vorarlberg seien derzeit keine Container geplant, erklärt der zuständige Landesrat Erich Schwärzler (62, ÖVP). Als Plan B halte man sich diese Option allerdings offen. Beim Minis-

terium hat Schwärzler vor ungefähr sechs Wochen drei Containereinheiten für je 30 bis 50 Personen reservieren lassen. Das heiße nicht, dass man diese dem Ressort auch abnehmen müsse. Das Land

prüfe derzeit noch andere mobile Wohnmöglichkeiten. Angebote von fünf bis acht Unternehmer würden ihm bereits vorliegen, sagt Schwärzler. Darunter seien auch Vorarlberger Anbieter.